

**Antrag 24/II/2025 FA VII - Wirtschaft, Arbeit, Technologie
Sozial, klimafreundlich, wirtschaftlich - Berliner Daseinsvorsorge strategisch weiterentwickeln**

Beschluss: Annahme

Präambel:

Für die Bürger*innen und Unternehmen da sein ist ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Stadtpolitik. Dazu gehören elementare Leistungen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die Trinkwasserversorgung oder die Energieversorgung.

Dass in diesem Feld seit mehreren Jahren bereits Bewegung ist, zeigen unter anderem der erfolgreiche Volksentscheid 2011 zur Rekommunalisierung der Wasserbetriebe, der 2013 knapp gescheiterte "Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung", die 2014 gegründeten Berliner Stadtwerke als kommunaler Elektrizitätsversorger, die Arbeit der Enquete-Kommission "Neue Energie für Berlin – Zukunft der energiewirtschaftlichen Strukturen" des Abgeordnetenhauses in den Jahren 2014 und 2015, sowie die Rekommunalisierung des Stromnetzes im Jahr 2021 und des Fernwärmennetzes im Jahr 2024. Daher begrüßen wir ausdrücklich, den Weg der Rekommunalisierung weiter zu verfolgen, um faire und stabile Preise für Grundgüter, Versorgungssicherheit, Bedarfsorientierung und damit eine sozial gerechte Wende zur Klimaneutralität zu gewährleisten.

Allerdings bedarf es nicht nur weiterer Rekommunalisierungen, sondern vor allem auch einer Neustrukturierung der bereits in öffentlicher Hand befindlichen Bereiche der städtischen Versorgung. Wie der Beteiligungsbericht 2023 der Senatsverwaltung für Finanzen zeigt, sind die Landes- Beteiligungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung teilweise in Parallelstrukturen auf Unternehmen unterschiedlicher Rechtsformen mit entsprechenden Effizienzverlusten verteilt: So sind etwa die Berliner Wasserbetriebe eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die BEW Berliner Energie und Wärme ist eine Aktiengesellschaft und die Berliner Stadtwerke als Tochtergesellschaft der Berliner Wasserbetriebe sind eine GmbH.

Die Zusammenführung von Bereichen der städtischen Versorgung innerhalb einer gemeinsamen Struktur ist nicht nur, aber insbesondere in Bezug auf die Transformation der Energie- und WärmeverSORGUNG von enormer Wichtigkeit, denn die Herausforderungen in diesem Bereich, insbesondere die Erreichung der Klimaneutralität, machen eine enge Zusammenarbeit aller Akteur*innen notwendig und Reibungsverluste durch hinderliche Strukturen sind ein vermeidbares Hindernis.

Wir sind uns bewusst, dass eine solche Zusammenführung eine große Aufgabe ist und für die kommunalen Unternehmen und ihre Beschäftigten eine Herausforderung darstellt, die nur mit ausreichender Aussicht auf einen Mehrwert angegangen werden sollte.

Der Landesparteitag möge daher beschließen:

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, die Gesamtstrategie der Daseinsvorsorge zu prüfen und sich damit für die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge in Berlin einzusetzen. Dies umfasst konkret:

1. die Durchführung einer Machbarkeitsstudie, in der Nutzen und Kosten der Zusammenführung aktuell getrennter Bereiche der Daseinsvorsorge in eine gemeinsame Struktur herausgearbeitet werden, um eine fundierte Entscheidung zu treffen.

2. falls der Nutzen die Kosten übersteigt, die konzeptionelle Entwicklung einer Unternehmensstruktur- und Rechtsform für ein Berliner Stadtwerk, in dem mindestens die Bereiche Energienetze (Strom, Fernwärme) und Energieerzeugung zusammengefasst und dessen übergeordnete Ziele (Wärmewende, Klimaneutralität, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit der Güter) durch einen politisch besetzten Aufsichtsrat definiert und deren Umsetzung durch ihn kontrolliert werden. Dabei sollen die Bestandsunternehmen einheitlich nach Geschäftsfeldern strukturiert als Töchter in diese Struktur integriert und dann geschäftsfeldbezogen gesteuert werden.
3. die Prüfung, welche weiteren bereits in öffentlicher Hand befindlichen Bereiche der Daseinsvorsorge in diese Struktur überführt werden können.
4. den Ausbau der Fernwärme und der Auf- und Ausbau von Nahwärmenetzen inkl. kalter Nahwärmenetze sowie von Wärmespeichern in Berlin, um das Solidarprinzip in der Wärmewende durchzusetzen.

Überweisen an

AGH-Fraktion+Senat